



Miltalader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis monatlich 1,20 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1,60 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Druckerei: Re. 30 bei der Oberamtskanzlei Wildbad. — Druck: Enztalbote-Druckerei & Co., Wildbad; Buchbinder: Gemeindefabrik Wildbad. — Postfachkonto 291 74 Stuttgart.
Anzeigenpreise: Im Einzelheft die einseitige 45 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsnachrichten, Stellenangebote, 3 Pf.; im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 15 Pf. — Rabatt nach vorangeführtem Tarif. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontostellen oder wenn gerichtliche Betreibung notwendig wird, fällt jede Nachlässigkeit weg.
Druck, Verlag u. verwant. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 36, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Wichtige neue Gesetze

Realsteuersperre auch für 1934 — Ein neues Lichtspielgesetz Weitere Gesetzesbeschlüsse

Berlin, 17. Febr. Das Reichskabinett genehmigte in einer Sitzung ein Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung vom 23. Mai 1932, das zur Ausfüllung gewisser Lücken des materiellen und prozessualen Strafrechts für Devisenvergehen notwendig geworden war. Durch das Gesetz wird die Verfolgung in Strafsachen wegen Devisenvergehens vereinfacht und wirksamer gestaltet.

Ferner verabschiedete das Reichskabinett ein Gesetz über Kassenvereinigungen in der Krankenversicherung, wodurch das Recht der Kassenvereinigungen übersichtlich geregelt wird. Die bisher in verschiedenen Verordnungen erlassenen Vorschriften werden in die Reichsversicherungsordnung eingegliedert und hierbei Unstimmigkeiten beseitigt, sowie Mängel, die sich in der Praxis ergeben haben, behoben.

Das vom Reichskabinett genehmigte Gesetz über die Realsteuersperre 1934 ist notwendig geworden, weil die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse einen Verzicht auf die Realsteuersperre nicht zulassen. Durch die Aufhebung der Realsteuersperre würde die Wirtschaft der Gefahr erhöhter Belastung ausgesetzt werden. Den Gemeinden, die für das Rechnungsjahr 1933 ihre Steuerjahre gesenkt hatten, soll die Möglichkeit gegeben werden, im nächsten Rechnungsjahr unter bestimmten Voraussetzungen auf den normalen Stand zurückzukommen, wenn sich die Fortsetzung der Senkung als untragbar erweisen sollte. Eine besondere Regelung sieht das Gesetz für den Fall vor, daß ein Land ein anderes Land in sich aufnimmt. In diesem Falle tritt eine Vereinheitlichung der Steuerjahre ein.

Das Kabinett nahm ferner ein Gesetz über Hinausschiebung der Besteuerung der toten Hand an, die für notwendig gehalten wird, weil sich Schwierigkeiten hauptsächlich wirtschaftlicher Art der Erhebung der Steuer entgegenstellten. Die Veranlagung und Erhebung dieser Steuern wird bis auf weiteres ausgesetzt. Es handelt sich hierbei um eine Erbschaftsteuer zur Grunderwerbsteuer für Grundstücke, die ihren Eigentümer nicht oder selten wechseln.

Schließlich verabschiedete das Reichskabinett das vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda vorgelegte Lichtspielgesetz, das eine völlig neue Regelung der Filmprüfung und auch neue Bestimmungen für das Lichtspielgewerbe enthält. Während bisher die Wirkung der gesamten Regelung des Lichtspielwesens insbesondere auf dem Gebiete der Filmzensur eine rein negative gewesen ist, erwächst dem neuen Staat die Aufgabe und Verantwortung, positiv am Werden des deutschen Filmwesens mitzuarbeiten. Dieser Aufgabe kann der Staat nur gerecht werden, wenn er dem gesamten Herstellungsorgang des Filmschaffens seine Aufmerksamkeit zuwendet. Das neue Gesetz regelt die Aufgaben und Rechte des Filmdramaturgen, dem die Vorprüfung der Filme obliegt. Die Verantwortung der Reichsregierung wird durch dieses Gesetz auch auf dem Gebiete des Filmwesens eine größere werden als bisher.

Das Devisengesetz

Das von der Reichsregierung beschlossene Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung enthält zwei Artikel, die gewisse Lücken des materiellen Devisenstrafrechts beseitigen und das Verfahren in Strafsachen wegen Devisenvergehens vereinfachen und wirksamer gestalten.

Im ersten Artikel wird der Paragraph 12 dahin erweitert, daß eine verbotswidrige Veräußerung oder Ueberbringung von Zahlungsmitteln, Wertpapieren, Gold oder Edelmetallen ins Ausland nicht nur ein Vergehen nach der Devisenverordnung, sondern auch ein Verstoß gegen das Ausfuhrverbot des Paragraphen 134 des Vereinszollgesetzes — Banndruck — darstellt.

Die Ziffer 2 des Gesetzes enthält die Bestimmung, daß aus einem Devisenvergehen gezogene Gewinne, beispielsweise Provisionen an einem geschäftswidrigen Wertpapiergeschäft, ebenfalls erfaßt werden können, was bisher nicht der Fall war.

In Ziffer 3 wird festgelegt, daß die Einziehung beschlagnahmter Werte nicht mehr einer Hauptverhandlung bedarf, sondern in Zukunft durch Gerichtsbeschlüsse erfolgen kann.

Von besonderer Bedeutung ist Ziffer 5, nach der gegen den Inhaber oder Leiter eines Unternehmens, in dessen Betrieb eine nach Paragraph 36 der Devisenverordnung strafbare Handlung begangen wird, unbeschadet seiner strafrechtlichen Verantwortlichkeit eine Ordnungstrafe bis zu 300 000 RM. festgesetzt werden kann, sofern er nicht nachweist, daß er die erforderliche Sorgfalt zur Verhütung der strafbaren Handlung angewendet hat. Die Ordnungstrafe wird vom Reichswirtschaftsgericht auf Antrag einer Stelle für Devisenbewirtschaftung festgelegt. Ueber die Nebenklageeigenschaft bestimmt das Gesetz, daß wie im Strafverfahren den Finanzämtern im Devisenstrafverfahren den Devisenstellen die Rechte eines Nebenklägers gegeben werden, die auch selbständig Rechtsmittel einlegen können. Bisher hatten die Devisenstellen keine Möglichkeit, die Staatsanwaltschaft zur rechtzeitigen Einlegung eines Rechtsmittels zu veranlassen.

In Artikel 2 wird den rasch wechselnden Verhältnissen auf dem Gebiete der Devisenbewirtschaftung durch 7 Verordnungen Rechnung getragen.

Tagespiegel.

Der König der Belgier ist bei einer Bergbesteigung bei Namur tödlich abgestürzt. Sein Nachfolger ist Kronprinz Leopold.

Im französischen Außenministerium wurde mit den Vertretern Italiens, Englands und der Tschekoslowakei verhandelt über die Veröffentlichung einer gemeinsamen Erklärung, in der die Mächte die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit feststellen sollen.

Eine Wiener amtliche Ausstellung berichtet, das insgesamt auf Seiten der Exekutive 101 Personen getötet und 319 verwundet wurden, während die Verluste der Aufständischen mit 137 Toten und 339 Verwundeten angegeben werden.

Der nächste Sonntag (25. Februar) wird als Heldengedenntag einheitlich im ganzen Reich begangen.

Der Unterstaatssekretär und englische Vordieselpolizist Eden hat in Paris die Abrüstungsbesprechungen abgeschlossen und fährt am Montag nach Berlin.

Die Realsteuersperre 1934

Das von der Reichsregierung am 16. Februar verabschiedete Gesetz über die Realsteuersperre regelt die Festlegung der Realsteuern, für die seit 1931 eine Sperre eingeführt wurde, da die Realsteuern in der Nachkriegszeit eine Höhe erreicht hatten, die für die Wirtschaft kaum noch erträglich war.

Im Paragraph 2 des Gesetzes wird bestimmt, daß die Realsteuern bis zur Höhe der im Rechnungsjahre 1932 zuletzt maßgebend gewesenen Steuerjahre erhöht werden können, wenn der Steuerjahre für das Rechnungsjahr 1933 niedriger war als der für das Jahr 1932. Das gilt aber nur, wenn der Haushalt der Gemeinden trotz erheblicher Anspannung der Bürgersteuer für das Kalenderjahr 1934 und trotz äußerster Beschränkung der Ausgaben auf andere Weise nicht ausgeglichen werden kann. Die Vorschrift gilt für die Gemeinden, die für das Rechnungsjahr 1933 aus eigenem Antrieb ihre Steuerjahre gegenüber 1932 gesenkt haben.

Im Paragraph 3 wird bestimmt, daß für den Fall, daß sich mehrere Länder zu einem Lande vereinigen und für das neue Land einheitliche Vorschriften über die Grund- und Gewerbesteuer gelten sollen, bei der Aufhebung einer bisher bestehenden Steuer für einen Teil des neuen Landes der dadurch entstehende Ausfall bei der Bemessung des Steuerjahres für eine Realsteuer berücksichtigt wird. Die Steuerjahre müssen so bemessen werden, daß sich für die Grund- und für die Gewerbesteuer des Rechnungsjahres 1934 in dem neuen Lande kein höheres Aufkommen ergibt, als es in den bisherigen Ländern zu erwarten gewesen wäre, wenn sie sich nicht vereinigt hätten. Durch diese Vorschrift wird erreicht, daß auf der einen Seite eine Erhöhung der Steuerlasten ausgeschlossen und auf der anderen Seite der bisherige Ertrag der Realsteuern gesichert wird.

Gesetz über die Hinausschiebung der Besteuerung der toten Hand

Das Gesetz über die Hinausschiebung der Besteuerung der toten Hand enthält nur einen Artikel, nach dem die Veranlagung und Erhebung der Steuer bis auf weiteres ausgesetzt wird. Die Steuerpflicht sollte bereits am 1. Januar 1929 eintreten, sie wurde jedoch hinausgeschoben, weil sich der Erhebung Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art entgegenstellten. Diese Bedenken sind nicht fortgefallen. Die Erhebung der Steuer würde im Widerspruch zu den Zielen der Reichsregierung stehen, die Wirtschaft neu zu beleben und die landwirtschaftlichen Betriebe ertragsfähig zu gestalten. Hinzukommt, daß der Grundbesitz ohnedies durch Vermögens- und Gebäudesteuern überaus stark belastet ist. Da sich im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht mit Sicherheit übersehen läßt, wann die Besteuerung ohne Beeinträchtigung wichtiger wirtschaftlicher Belange durchgeführt werden kann, ist die Erhebung ohne Beschränkung auf unbestimmten Zeitraum ausgesetzt worden.

Die Aufgaben des Reichs-Filmdramaturgen — Einheitliche Betreuung

Berlin, 17. Febr. Mit der Schaffung einer Filmbank und der Errichtung einer Reichsfilmkammer sind die Maßnahmen zum Wiederaufbau des deutschen Filmwesens auf wirtschaftlichem Gebiete zunächst abgeschlossen. Es ergibt sich nun die Aufgabe, dem Film als Kultur- und Propagandainstrument die ihm gebührende Stellung zu sichern. Nur durch intensive Beratung und Betreuung der Filmgestaltung kann verhindert werden, daß Filme zur Vorführung gelangen, die dem Geiste der Zeit zuwiderlaufen. Da diese Vorgänge vor der Prüfung des Filmes liegen, sind sie der Einwirkung der Filmprüfstelle entzogen. Ihre Ueberwachung ist daher dem Reichs-Filmdramaturgen übertragen worden.

Seine Aufgaben werden in dem ersten Abschnitt des neuen Lichtspielgesetzes „Vorprüfung“ umrissen. (Paragraphen 1—3.) An der Prüfstelle aller deutschen oder in Deutschland laufenden

den ausländischen Filme (Paragraph 4) wird festgehalten. Durch Paragraph 5 wird dem Umstände Rechnung getragen, daß die moralischen, sozialen, ästhetischen und mythischen Anschauungen in der Welt verschieden sind. Die Prüfstelle wird deshalb ermächtigt, die zum Beispiel für das Inland verbotene Darstellung eines Stierkampfes zur Verbreitung im Auslande zuzulassen. Damit wird der deutschen Industrie eine wirtschaftliche Hilfe an die Hand gegeben.

Das Verbot der nationalsozialistischen, religiösen, hitlerischen oder künstlerische Empfinden verletzenden Filme ermöglicht es, künftig die Wahrung der nationalen Würde auch im Film durchzusetzen. (Paragraph 7.)

Die Jugendchutzbestimmungen sind einer Nachprüfung dahin unterzogen worden, daß eine übermäßige Bevormundung jugendlicher und ihrer Eltern hinsichtlich des Kinobesuches künftig in Fortfall kommt. Die Neufassung des Paragraphen 11 eröffnet die Möglichkeit, für jugendliche geeignete Filme auch von Amts wegen zuzulassen. Die besonderen Verbotsgründe, die für Jugendfilme gelten (Paragraph 11 Abs. 2) sind der Zeit entsprechend erweitert worden.

Mit Rücksicht auf die Amateur- und Schmalfilmkinematographie befreit Paragraph 14 Absatz 1 die Hersteller solcher Filme von der Verpflichtung, sie der Filmprüfstelle vorzulegen. Die zensurmäßige Ueberwachung der Schmalfilme wird künftig von der Ortspolizeibehörde ausgeübt. Ueber die Aufhebung der Filmprüfstelle München trifft der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Verfügung. Durch die Paragraphen 16 bis 18 wird die hiernach noch verbleibende Prüfstelle Berlin auch hinsichtlich ihrer Befugnisse mit der neuen Zeit in Einklang gebracht. Die Verantwortung für die Zulassung ruht künftig allein bei dem Vorsitzenden, der sich bei der Prüfung von Spielfilmen der Mithilfe erfahrener Persönlichkeiten aus den Kreisen des Lichtspielgewerbes, der Kunst des Schriftstums und anderer Kulturkreise zu bedienen hat. Die Auswahl dieser Persönlichkeiten obliegt den Präsidenten der betreffenden Kammern. Ihre Ernennung ist Sache des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda.

Entsprechend der Uebertragung der Kulturfilmprüfung auf die Reichsfilmprüfstelle muß die gegen das Verbot eines Filmes gegebene Beschwerde auch gegen die Verlegung der Anerkennung eines Filmes als Kulturfilm gegeben werden, und zwar auch dann, wenn der Film als solcher zugelassen worden ist.

Für eine wirksame Kontrolle der Lichtspieltheater ist es unerlässlich, daß den mit der Ueberwachung betrauten Amtspersonen des öffentlichen Sicherheitsdienstes gegenüber jederzeit der Nachweis der Genehmigung des vorgeprüften Filmes und seiner Reklame geführt werden kann.

Steuergleichheit aller Volksgenossen

Berlin, 18. Febr. Der Reichsfinanzminister hat, wie das V.D.Z.-Blatt meldet, im Interesse einer Stärkung der Verantwortungs- freude der Finanzämter und Landesfinanzämter deren Zuständigkeit zum Erlaß von Steuern und Strafen aus Billigkeitsgründen erweitert. Der Minister bemerkt dabei, daß der Begriff der „Billigkeit“ einen Ausnahmefall voraussetze. Ein solcher Ausnahmefall sei insbesondere dann gegeben, wenn bei Gewerbetreibenden und Landwirten durch die Ablehnung des Erlaß-Antrages die Fortführung des Betriebes erheblich gefährdet würde, oder wenn bei allen Steuerpflichtigen durch die Ablehnung die Bestreitung des notwendigsten Lebensunterhaltes für vorübergehend oder dauernd gefährdet würde. Ein Erlaß dürfe niemals zu einer offensichtlichen Ungleichmäßigkeit in der Besteuerung von Personen gleicher Einkommens- oder Vermögensverhältnisse oder von Gegenständen gleicher Art und gleichen Wertes führen. Jeder Beamte müsse in Würdigung der heutigen Lage der Reichsfinanzen mehr als je erwägen, ob er sich im Einklang mit den allgemeinen Interessen des Volksgenossen befindet, wenn er einem Antrag auf Erlaß stattgibt. In den meisten Fällen werde es genügen, die Steuer zinslos zu rufen. Dabei sei der Steuerpflichtige in aller Güte auf den Ernst der Finanzlage des Reiches hinzuweisen.

Die Großzügigkeit, die den ganz großen Steuerpflichtigen gegenüber früher oft geübt worden sei, müsse unterbleiben. Es würde mit dem Gedanken der Volksgemeinschaft unvereinbar sein, wenn ganz kleinen Steuerpflichtigen grundsätzlich mitgeteilt würde, daß mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches ein Erlaß nicht ausgesprochen werden könne, und wenn ganz großen Steuerpflichtigen Riesensummen rufen würden ohne daß die Interessen der Volksgenossen einen Erlaß in solchem Umfange tatsächlich bedingen würden.

Drei-Mächte-Erklärung für Oesterreich?

Ein italienischer Vorschlag zur österreichischen Frage? London, 17. Febr. Große Beachtung findet in der englischen Presse die Pariser Meldung, wonach eine gemeinsame Erklärung von Seiten Großbritanniens, Frankreichs und Italiens als Garant der Unabhängigkeit Oesterreichs beabsichtigt sei, in der diese drei Staaten ihre Entschlossenheit bekräftigen, die Unab-

Wahrscheinlichkeit der österreichischen Republik aufrecht zu erhalten. Unverkümmte Sorge über mögliche Entwicklungen in der österreichischen Lage nach dem Konflikt zwischen der Regierung und den Sozialisten werde von den Garantemächten empfunden. Eo-termino Standard betrachtet die Mitteilung über einen angeblich geplanten Schritt als einen Versuch, Großbritannien in einen europäischen Streit hineinzuziehen, und bezeichnet Italien als den Hauptdrabszieher in den eifrigen Bemühungen, Großbritannien eine neue europäische Bindung aufzuerlegen.

Barthous Bemühungen um eine gemeinsame Erklärung

Paris, 17. Febr. In gut unterrichteten politischen Kreisen behauptet man, daß die Besprechungen des französischen Außenministers mit den Vertretern Italiens, Englands und der Tschechoslowakei der Veröffentlichung einer gemeinsamen Erklärung gälten, in der die Mächte die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit feststellen wollen.

Was Frankreich von Italien erhofft

Paris, 17. Febr. Welcher Zweck mit den in Paris zur Zeit verhandelnden Verhandlungen über die österreichische Frage verfolgt wird, enthält eine Pressestimme des „Journal“, in der es heißt: Das einzige Mittel zu verhindern, daß die österreichischen Bedingungen zu Gunsten Deutschlands ausfallen, besteht darin, Dollfuß durch eine internationale Aktion zu unterstützen. Sonst kann Österreich der deutschen Umklammerung nur durch die Annahme der italienischen Vorherrschaft entgehen, die ihrerseits eine Reaktion in der Tschechoslowakei und in Südspanien auslösen würde. Man muß Mussolini die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er sich der Notwendigkeit bewußt ist, die Gefahren einer Einzelhandlung zu vermeiden. In diesem Sinne sind die Meldungen aus Rom auszulegen, nach denen Italien den Augenblick für eine internationale Aktion für gekommen hält und wonach es trotz seines Misstrauens gegen den Völkerbund bereit sei, nach Genf zu gehen, damit von dort aus ein feierliches Anrufen des Protokolls von 1922, durch das die Unabhängigkeit Österreichs garantiert wird, erfolgt.

England gegen die Uebernahme neuer Verpflichtungen

London, 17. Febr. Die aus Paris stammenden Berichte über den Plan einer gemeinsamen Garantieerklärung für die österreichische Unabhängigkeit werden von der englischen Presse eingehend erörtert. Mit großer Einseitigkeit wird erklärt, daß England auf keinen Fall irgendwelche neuen europäischen Verpflichtungen übernehmen könne.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, daß der Vorschlag einer gemeinsamen Erklärung von dem tschechoslowakischen Außenminister Beneš bei seinem Besuch in London besprochen worden sei. Die Meldung daneben, daß auch der italienische Vorkämpfer Grandi dem englischen Außenminister Sir John Simon bereits einen Entwurf der geplanten Erklärung vorgelegt habe, sei nicht zutreffend. Die englische Regierung müsse sich noch darüber entscheiden, ob sie sich einer gemeinsamen in dem Sinne gehaltenen Erklärung anschließen könne, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit als eine wichtige Angelegenheit für den Frieden Europas betrachtet werde. Aber das eine, so betont der Korrespondent, könne unweidlich sofort gesagt werden: die englische Regierung werde keine Erklärung unterschreiben, die irgend eine neue Verpflichtung für England oder in anderen Worten irgend ein Versprechen oder eine Garantie zur Verteidigung Österreichs durch militärische Aktion mit sich bringen würde.

Italien beteiligt sich nicht?

London, 17. Febr. Der Pariser Reuters-Berichterstatter sagt, die Antworten der drei Mächte England, Frankreich und Italien auf das österreichische Diktat über die angebliche deutsche Einmischung und die belästigte Note, daß Österreich eine Anrufung des Völkerbundes beabsichtige, hätten Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen. Besonders Italiens Haltung habe Österreich hinsichtlich der geplanten Anrufung des Völkerbundes enttäuscht. Um etwaigen Gerüchten von Meinungsverschiedenheiten über arundelende Punkte zuvorzukommen, habe — so will der Neu-

ter-Berichter erfahren haben — die italienische Regierung die gleichzeitige Veröffentlichung einer Verlautbarung in den drei Hauptstädten vorgeschlagen, die den gemeinsamen Wunsch der drei Mächte ausdrücken würde, daß die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Österreichs geachtet werden müsse.

Der französische Senat wünscht gemeinsame Mächteantwort an Dollfuß

Paris, 17. Febr. Der auswärtige Ausschuss des Senates beschäftigte sich mit der Lage in Österreich und nahm nach einem Bericht Verenaers über seine Unterredungen mit dem Außenminister und dem Ministerpräsidenten eine lange Entschliessung an, in der er sich einstimmig hinter die Regierung stellt, die die Befriedigung abgegeben habe, alles zu tun, um die Unabhängigkeit Österreichs zu gewährleisten. Die Unabhängigkeit sei außerdem durch die verschiedenen Verträge und das Protokoll vom Oktober 1922 garantiert. Der Ausschuss betrachte es deshalb als eine Pflicht der Unterzeichnermächte, gemeinsam auf den Aufruf des österreichischen Bundeskanzlers an die europäischen Großmächte vom 3. Februar zu antworten und den beschleunigten Zusammentritt des Völkerbundes zu fordern, der von den Klagen Österreichs Kenntnis nehmend über ihre Berechtigung urteilen und die Maßnahmen treffen müsse die angebracht erschienen.

Kein Einspruch der englischen Regierung gegen deutsch-österreichische Zollunion

London, 17. Febr. „Daily Telegraph“ nimmt in einem Leitartikel sehr energisch gegen den Vorschlag einer englisch-französischen Garantie der österreichischen Unabhängigkeit Stellung. Ein Kardinalpunkt der englischen Außenpolitik sei, so schreibt das Blatt, daß England keine weiteren Verpflichtungen auf dem Festlande übernehme. Selbst wenn die tragischen Ereignisse in Wien nicht stattgefunden hätten, würde das in Paris erörterte Projekt keine Aussicht auf eine Annahme von England gehabt haben. Die Revolte und ihre Unterdrückung, die Bombardierung und die Menschenopfer hätten sogar eine Erörterung dieses Projektes unmöglich gemacht.

Die englische Regierung habe bereits bekanntgegeben, daß sie keinen Einwand erheben werde, wenn Deutschland und Österreich eine Zollunion abschließen. Auch würde sich England nicht zur Einmischung veranlaßt fühlen, wenn Österreich durch eine Volksabstimmung nationalsozialistisch würde und entschlossen wäre, sein Geschick mit dem des nationalsozialistischen Deutschland zu verbinden.

Weitere Pariser Pressestimmen

Paris, 17. Febr. Die Morgenpresse beschäftigt sich eingehend mit dem angeblichen Plan einer Erklärung Englands, Frankreichs und Italiens zugunsten der Unabhängigkeit Österreichs. „Echo de Paris“ schreibt: Die beabsichtigte Erklärung der drei Mächte hätte normalerweise gestern aufgesetzt werden sollen. Jetzt bezeichne man eine Verzögerung um 24 oder 48 Stunden als unvermeidlich. Das Hindernis liege beim Foreign Office. Macdonald habe nämlich zu der Erklärung einen Zusatz vorgeschlagen, der zum Ausdruck bringen sollte, daß die drei Mächte die Erklärung nicht als Billigung der in Österreich ergriffenen Gewaltmaßnahmen ausgelegt sehen wollten.

„Deuxième“ schreibt, die Massifizierung der Sozialdemokraten in Österreich machte heutzutage jede Demarche Österreichs beim Völkerbund unmöglich.

„Figaro“ arakelt, wenn die Erklärung der drei Mächte so platonisch ausfallen werde wie die früheren Erklärungen, so könne man sicher sein, daß der Anschluß unterzünftig verwirklicht werde.

Unterredung mit Hitler

Zur Lage in Österreich — Der Friedenswille

London, 17. Febr. „Daily Mail“ veröffentlicht eine Unterredung des Reichskanzlers mit ihrem Sonderberichterstatter Ward Price. Der Korrespondent hat Hitler zunächst, ihm seine Ansichten über die österreichische Lage zu geben. Hitler habe geantwortet, einige Leute glaubten, daß die deutschen Nationalsozialisten etwas mit den Unruhen in Österreich zu tun hätten. Dies sei vollkommen falsch. „Wir sympathisieren weder mit Herrn Dollfuß noch mit seinen Geanern. Beide Seiten wenden

fausche Methoden an. Nichts Ständiges kann durch die gewalttätigen Methoden erreicht werden, zu denen sie gegriffen haben. Es sei für die österreichischen Sozialisten unmöglich gewesen, durch ihr Vorgehen die Macht zu erreichen. Gleichwohl sei es für Dollfuß unmöglich gewesen, die Gegner durch die von ihm angewandten Mittel auf seine Seite hinüberzuziehen. Jedermann wisse, daß man Häuser durch Granatenfeuer niederlegen könne, aber solche Praktiken würden einen Gegner nicht überzeugen. Sie würden ihn nur verbittern. Der einzige Weg, in einer Revolution Erfolg zu haben, bestehe darin, daß man seine Gegner lasse, indem man sie überzeuge. „Das ist es, was wir in Deutschland erzielt haben. Herr Dollfuß auf der anderen Seite hat versucht, einen Staatsstreich durchzuführen. Er hat die Verfassung verletzt und seine Methoden waren von Anfang an zum Scheitern verurteilt.“

Angenommen, man wäre in Deutschland in ähnlicher Weise zu Werke gegangen, was wäre dann das Ergebnis gewesen? In Österreich seien 1500 Personen getötet und 4000 bis 5000 Personen verwundet worden. Deutschlands Bevölkerung sei einmal so groß wie die Österreichs, so daß in Deutschland die Verluste 18 000 Tote und 50 000 Verwundete betragen haben würden. „Wie sind die Tatsachen? Die Gesamtzahl unserer in Unruhen getöteten Gegner betrug 27, und die Zahl der Verwundeten 150. Unter ihnen befanden sich weder eine Frau noch ein Kind. Auch ist kein Haus zerstört, kein Laden geplündert worden. Wenn man den Unterschied zwischen dem gegenwärtigen Regime in Österreich und der nationalsozialistischen Regierung in Deutschland sehen wolle, dann brauche man nur eine Photographie von Berlin mit einer Photographie des Wien von heute vergleichen. Die Kritiker Deutschlands werden sagen: „O ja, aber die österreichischen Sozialisten waren schwer bewaffnet!“ Auch die deutschen Kommunisten seien dies gewesen, fuhr Hitler fort. Man habe alle menschenmöglichen Waffen in ihrem Besitz gefunden. Der Grund, warum die deutschen Kommunisten sie nicht benutzten, bestehe darin, daß sie durch Ueberzeugung zu der Sache der Nationalsozialisten gewonnen worden seien. Beweis dafür seien die Wahlen vom vergangenen November, bei denen nur 2 Millionen Menschen gegen das neue Regime in Deutschland stimmten, während die deutschen Kommunisten früher sechs Millionen und die Sozialdemokraten 7 Millionen zählten. Die übrig bleibenden 11 Millionen der früheren Gegner des Nationalsozialismus seien nicht unterdrückt, sondern befehrt worden.

Der Korrespondent fragte den Kanzler, ob die Entwicklungen in Österreich die Haltung Deutschlands zu Österreich beeinflussen werden.

Hitler antwortete: Keineswegs. Die Politik, die ich führe, wird nur von deutschen Interessen beherrscht. Es werde sich selbstverständlich aus den Ereignissen dieser Woche ergeben, daß die gegenwärtige österreichische Regierung ihr Ansehen gestärkt finden werde, aber auf der anderen Seite würden die österreichischen Nationalsozialisten an Zahl zunehmen. Er drückte nur seine private und persönliche Ansicht aus, aber es sei seine Ueberzeugung, daß besonders die Arbeiter Österreichs sich der nationalsozialistischen Sache anschließen würden, als natürliche Reaktion gegen die Gewaltmethoden, die die österreichische Regierung gegen sie ausgeübt habe.

Der Korrespondent sagte weiter dem Kanzler, daß der deutsche Friedenspakt mit Polen der Welt als eine große Ueberraschung gekommen sei, und daß einige Leute ihn als Absicht auslegten, die Grundlage für einen gemeinsamen Angriff Deutschlands und Polens auf Rußland mit einem Hinblick auf Gebietsverwertung zu bilden. Hitler habe hierauf ungläubig gelacht und gesagt: „Was! Wir sollen Gebiet von Rußland nehmen? Lächerlich!“ Der Korrespondent fügt hier ein, daß Hitler zwar in seinem vor zehn Jahren geschriebenen Buch „Mein Kampf“ den Erwerb neuen Gebietes in Rußland als Heime für zukünftige deutsche Siedler empfohlen hatte, daß aber der seither stattgefundene Rückgang in der Geburtenziffer die Ausbeutung der deutschen Bevölkerung abgestoppt habe, so daß die Notwendigkeit für ein vergrößertes Gebiet weniger wichtig sei.

Im weiteren Verlauf der Unterredung habe Hitler gesagt: „Alle Versuche, die Grundlage für einen dauernden Frieden in Europa zu legen, seien bisher fehlgeschlagen, da die öffentliche Meinung der Ansicht gewesen sei, daß Polen und Deutschland unveröhnliche Feinde wären. Er habe niemals diese Ansicht gehabt. Das erste, was er getan habe, als er zur Macht gekommen sei, sei gewesen, daß er Schritte zur Eröffnung von Verhandlungen mit den Polen ergriffen habe. Er habe gefunden, daß die polnischen Staatsmänner sehr großzügig seien und genau so friedlich gesinnt wie er selbst. Die Klust, die man für un-

Kampf um Rosenberg

Roman aus Oberschlesien von Johannes Hoffstein.

89. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Er überlegte. Wenn er sie einpackte, draußen würde es auffallen, denn der Diener hatte ihn ohne Paket kommen sehen.

Da packte er die Zoppe und schob sie kurz entschlossen unter den Schrank.

Wenn Brucks früher zurückkam und vermisste die Zoppe, dort würde er sie nicht gleich finden.

Als das geschah war, da verließ er das Zimmer und sagte zu dem Polen, daß er einstweilen einmal ins Dorf gehen werde, vielleicht lasse sich im Wirtshaus ein Geschäft machen.

Das Dorf hieß Kodowitz und war rein deutsch.

Als der Inspektor in die Schenke trat, fand er sie leer.

Der Wirt kam und fragte nach seinen Wünschen, brachte das bestellte Bier und versuchte dann ein Gespräch mit ihm anzuknüpfen, aber es kam gar nicht zu einer Unterhaltung, denn der Wirt war noch nicht über das schöne Wetter hinausgekommen, als plötzlich der Gendarm Peter Wielitzki erschien.

Er kam heran und grüßte, sagte leise: „Herr Inspektor Selle?“

„Bin ich!“

„Wachtmeister Peter Wielitzki. Ich . . . suchte Sie . . . beziehungsweise Herrn Stenglein. Er hat mich herübergeschickt.“

„Famos! Wo nehmen Sie Platz. Was haben Sie zu berichten?“

Der Wachtmeister setzte sich, während sich der Wirt entfernte.

„Wichtige Sache. Habe vor einer Stunde ein Gespräch in Kufches Schenke angehört.“

„Und?“

„Da ist doch gestern hier ein polnischer Arbeiter auf dem Gute des Herrn von Waselowski gestorben.“

„So . . . weiß ich nicht. Aber weiter.“

„Man hat einen Geistlichen aus Jorkone, das ist das polnische Dorf drüben, geholt, und der hat ihm die Beichte abgenommen und die letzte Delung gegeben, dann ist der Mann gestorben.“

„Hm . . . das Interessante an dem Fall dürfte jetzt kommen.“

„Gewiß, Herr Inspektor, Sie kommen aber um die Einleitung nicht herum. Also . . . am gleichen Tage hat der katholische Pfarrer den Inspektor Brucks aufgesucht . . .“

Das Interesse des Inspektors war geweckt.

„Und weiter . . . man hat sie beide zusammen gesehen . . . sie sind auf dem Feldwege zusammen gegangen und haben sich unterhalten, in polnischer Sprache. Die Unterhaltung, man hat sie von fern gehört und nichts verstanden, soll aber sehr aufgereggt gewesen sein. Der katholische Pfarrer aus Polen soll scharf auf Brucks eingeredet haben. Das ist alles, Herr Inspektor! Ich dachte mir aber, vielleicht wirft dieses kleine Intermezzo auch etwas Licht in die Angelegenheit.“

Inspektor Selle reichte dem Wachtmeister die Hand.

„Meinen Dank, Wachtmeister! Wenn alle ihre Ohren so aufsperrten würden und sich überlegten, daß gerade die Kleinigkeiten so ungeheuer wichtig sind, dann stünde es besser um den Erfolg unserer Arbeit! Wissen Sie, was Sie mir gebracht haben, Herr Wachtmeister? Den letzten Stein für das Gebäude des Beweises . . . der Schuld von Brucks. Was Sie mir berichteten, das bedarf kaum eines Kommentars! Der katholische Geistliche hat durch die Beichte des armen Teufels, der jetzt tot ist, Dinge erfahren, die ihn entsetzen, über die er aber schweigen muß. Das Beichtgeheimnis spricht da mit.“

„Auch bei Dingen, die einen anderen betreffen?“

„Ich glaube auch! Der Pfarrer hat dann Brucks aufs Leder gekniet, hat ihm Vorwürfe gemacht. Ausgezeichnet,

Herr Wachtmeister . . . wir haben ihn, Brucks . . . haben Sie kein Bild von dem Manne?“

Der Wachtmeister überlegte.

„Nein, aber wir wollen den Wirt mal fragen, ich glaube dem hat Brucks mal ein Bild von sich verehrt.“

Man rief den Wirt und es war an dem Brucks hatte ihm auf seine Bitten hin ein Bild verehrt und er brachte es.

Der Inspektor sah das gleichmäßige schöne Männerantlitz, das von einem dunklen Vollbart umrahmt war, lange an.

„Das Bild erinnert mich an einen anderen!“ sagte er dann erregt. „Ich komme nur nicht drauf! Wer war es denn gleich! Wenn mich nicht alles täuscht . . . irgendwo im Fahndungsblatt . . . wenn nicht gar im Verbrecheralbum . . . ich muß nachdenken.“

Wieder betrachtete er das Bild.

Hielt zwei Finger über den Bart.

Verfuchte sich das Antlitz ohne Bart vorzustellen.

„Ich kenne ihn!“ sagte er wieder. „Aber . . . noch komme ich nicht drauf. Aber ich finde es noch heraus!“

Dann fuhr er ernst fort: „Kommen Sie mit mir, Herr Wachtmeister, ich muß befürchten, daß heute Katja von Waselowski stirbt, und für uns . . . für uns gilt es eine bittere Pflicht zu tun.“

Stenglein schmeckte Blut und Wasser bei der Bernehmung. Er war furchtbar verlegen. Wußte gar nicht, was er alles fragen sollte. Mühsam rollte er alles noch einmal auf.

Notierte provisorisch.

Brucks schien sich heute nicht ganz wohl zu fühlen, das merkte er.

Plötzlich kam Gothe und rief: „Sie werden am Telefon gewünscht, Herr Oberkommissar.“

Stenglein ging sofort und atmete befreit auf.

Es war Selle.

(Fortsetzung folgt).

überbrückbar gehalten habe, sei überbrückt worden. Die beiden Nationen seien einander nahegekommen.

Dr. Göbbels über die deutsche und österreichische Revolution

Berlin, 18. Febr. In einer Unterredung mit dem Korrespondenten der „Daily Mail“, Ward Price, machte Reichsminister Dr. Göbbels etwa folgende Ausführungen:

„Man hat lange Monate hindurch gerade in England den Eindruck zu erwecken versucht, als ob das nationalsozialistische Regime in Deutschland ein Regime des Terrors und des Blutes wäre. Man hat mit allen Mitteln versucht, durch Verleumdung und Aufschaukelung kleinster Vorfälle diesen Eindruck zu befestigen und einen scheinbaren Beweis für die Behauptungen anzutreten. Man hat von entsetzlichen Folterungen erzählt, man hat eine Grenznachricht nach der anderen erfunden. Man hat aber niemals behaupten können — man hat auch nicht versucht, diese Behauptung aufzustellen —, daß im nationalsozialistischen Deutschland die politischen Gegner, ja sogar unschuldige Frauen und Kinder mit Kanonen, Minenwerfern, Haubitzen und Maschinengewehren zusammengeschossen worden seien. Nirgends ist es im Verlauf der nationalsozialistischen Revolution in Deutschland zu einem ersten Zusammenstoß gekommen. Nirgends haben sich Schießereien entwickelt, nicht ein Haus mußte beschossen werden, während in dem Lande, in dem der Nationalsozialismus auf das schärfste verfolgt wird, die Regierung sich nicht anders zu halten vermag, als dadurch, daß sie ganz Stadtteile, mit allen Menschen, die darin wohnten, in Trümmer legte. Warum war es möglich, daß das nationalsozialistische Deutschland, das angeblich nur mit Terror und Gewalt, nur mit blutigen Mordtaten und schrecklichen Ueberfällen auf die Bevölkerung seine Macht errungen haben sollte, in Wirklichkeit mit kaum einem Duzend Toten die größte Revolution der modernen Weltgeschichte durchzuführen konnte? Weil durch die intensive politische Aufklärungsarbeit Adolf Hitlers das deutsche Volk bis in seine letzten Hütten hinein auf den politischen Umsturz geistig vorbereitet und weil die Idee des Marxismus durch die größere Idee des Nationalsozialismus geistig vorher überwunden worden war. So vollzog sich mit der nationalsozialistischen Revolution in Deutschland nur etwas äußerlich, was sich innerlich im Volke schon längst vollzogen hatte. In Österreich hingegen ist der Marxismus von Dollfuß nicht durch eine größere und bessere Idee überwunden worden. Das Volk ist in keiner Weise mit voller Ueberzeugung in den Kampf getreten, sondern zwei politische Machtgruppen verachteten ohne Rücksicht auf das Wohl der Bevölkerung, sich mit Waffengewalt unter Einwirkung aller modernen Mittel gegenseitig die Macht aus der Hand zu schlagen. Welches Vorgehen das humanere, würdigere und letzte Ende der gesamten zivilisierten Welt besser dienende ist, das Urteil darüber kann ruhig der Weltöffentlichkeit überlassen werden. Es genügt die Feststellung, daß im Verlauf der nationalsozialistischen Revolution weder die Wehrmacht überhaupt mobilisiert zu werden brauchte, noch daß irgend ein Maschinengewehr oder gar irgend ein Geschütz einen einzigen Schuß hat abzugeben brauchen. Das ist der Unterschied zwischen dem geistigen Aufbruch eines Volkes und einer brutalen Vergewaltigung.“

Dollfuß versucht sich zu rechtfertigen

London, 18. Febr. „Daily Express“ veröffentlicht ein Interview seines Sonderkorrespondenten mit Dollfuß. Danach soll Dollfuß u. a. gesagt haben: Er sei der Ansicht, daß die Niederschlagung der Sozialisten der größte Schlag gewesen sei, den die österreichische Regierung den österreichischen Nationalsozialisten habe zufügen können. Er habe Sympathie für den sozialistischen Arbeiter und wolle etwas für ihn tun. Er bekenne, daß er durch die nun entfalteten Vorbereitungen vollkommen erschüttert worden sei. Er habe keine Ahnung gehabt, daß die Sozialisten so stark und so gut gerüstet gewesen seien. Auf die Frage des Korrespondenten, ob Dollfuß nicht glaube, „daß die radikalsten Elemente unter den Sozialisten sich jetzt den Nationalsozialisten zuwenden würden“, meinte Dollfuß, das würde nicht der Fall sein, „weil die Nationalsozialisten sie in ihrem Kampf gegen uns nicht unterstützt hätten“. Dollfuß glaubte weiter, dem Korrespondenten versichern zu sollen, daß die österreichischen Nationalsozialisten nicht annähernd so stark seien, wie man dies in Deutschland gern wahrhaben wolle. Auf die weitere Frage, ob er, Dollfuß, eine Restaurierung der Habsburger Monarchie erwäge, sagte der Bundeskanzler, die Tatsache, daß Mitglieder der Regierung Royalisten seien könne in seiner Entscheidung, sie zu ernennen, keine Rolle spielen. Nach dem Geschehen würde es falsch sein, eine Restaurierung, die neue Verwirrung hervorrufe, zu betreiben. Er wolle den Kampf einstellen, die Politik von der Wirtschaft trennen und eine Front von Bauern, Arbeitern und anderen Berufen aufstellen. Auf die Frage des Korrespondenten, es scheine ihm, daß er, Dollfuß, die Unterstützung des Auslandes verloren habe, meinte Dollfuß, Frankreichs Interesse an einem unabhängigen Österreich sei so groß, daß wahrscheinlich keine Regierungsänderung in Paris eine so lebenswichtige Politik wie diese berühren könnte.

Beileidigung der Gefallenen der Exekutive

Wien, 18. Febr. Das Leichenbegängnis der Opfer der Exekutive findet am Dienstag, den 20. Februar, auf dem Zentralfriedhof statt. Die Bundesregierung beabsichtigt, das Begräbnis zu einer großen Trauerkundgebung für die Gefallenen zu gestalten. Die Särge sollen auf dem großen Platz vor der Lueger-Gedächtniskirche aufgestellt werden. Um die Kirche werden Abteilungen des Bundesheeres, der Polizei und des freiwilligen Schutzkorps aufgestellt. Nach feierlichen Requiem wird Kardinal Innitzer gelebretzen.

Beschlüsse des österreichischen Ministerrats

Wien, 17. Febr. In der amtlichen Verkündung über die Ministerratsitzung, die sich bis Samstag früh 1 Uhr hinzog, und in der sich der Ministerrat für die sofortige Aufhebung des Standrechts in Tirol und im Burgenlande und die baldige Aufhebung in den übrigen Ländern aussprach, wird ferner mitgeteilt, daß der Bundespräsident den Staatssekretär für Arbeitsbeschaffung, Neustädter-Stürmer, der bisher den Heimwehren angehört, zum Minister für soziale Verwaltung und den bisherigen Sozialminister Schmitz, der Bundeskommissar für die Gemeinde Wien geworden ist, zum Minister ohne Portefeuille ernannt hat. Beide sind bereits vereidigt worden. Die Aufgaben des bisherigen Staatssekretärs Neustädter-Stürmer gehen auf das Handelsministerium über. Bundesminister Schmitz wird

welterhin mit der ständischen Neugestaltung betraut. Schließlich wird ausdrücklich als Beschluß des Ministerrates festgestellt, daß die Verordnung über das Betätigungsverbot für die Sozialdemokratische Partei dahin ausgedehnt wird, daß sämtliche Mandate, die auf Grund eines sozialdemokratischen Wahlvorschlages erworben wurden, als erloschen zu gelten haben.

Das Hängen geht weiter...

Verschiedene Todesurteile in Wien vollstreckt

Wien, 17. Febr. Die vom Standgericht in St. Pölten gefällten Todesurteile sind am Freitag abend vollstreckt worden. Das Standgericht beim Wiener Landesgericht 2 hat vier Angeklagte wegen Aufruhrs zum Tode durch den Strang verurteilt. Die Todesstrafe hätte gegen Mitternacht vollzogen werden sollen, der Bundespräsident hat aber von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch gemacht und sie zu schweren Kerkerstrafen begnadigt.

Die vom Standgericht gegen Emil Swoboda wegen Verbrechens des Aufruhrs verhängte Todesstrafe wurde vollstreckt. Es handelt sich bekanntlich um eine Anklage wegen Bekleidung einer Polizeipatrouille.

Die sechste Hinrichtung durch den Strang

Graz, 18. Febr. Der vom Standgericht zum Tode verurteilte Schußbändler, der Sekretär des Metallarbeiterverbandes, Stanek, ist am Samstag nachmittag durch den Strang hingerichtet worden. Damit sind bisher insgesamt sechs Todesurteile vollstreckt worden.

Neues Standgerichts-Todesurteil

Wien, 18. Febr. Das Standgericht beim Landesgericht Wien 1 verurteilte am Samstag den Angeklagten Jakob Morawitz wegen Aufruhrs zum Tode durch den Strang.

5000 Schilling Belohnung für die Ergreifung eines Schußbündlers

Graz, 17. Febr. Die Sicherheitsdirektion Graz hat den Preis für die Ergreifung des bekannten Schußbündlers Koloman Wallisch, der sich mit einigen Anhängern in den Wäldern an der südslowenischen Grenze aufhalten soll, von 1000 auf 5000 Schilling erhöht.

Eine Mahnung Gustav Herzes

Paris, 17. Febr. In der „Victoire“ empfiehlt Gustav Herze Frankreich, sich in der österreichischen Frage der englischen Zurückhaltung anzuschließen und nicht zu glauben, daß es etwa gezwungen sei, seine Nase in alle europäischen Angelegenheiten hineinzustecken. Den Anstich Österreichs an Deutschland, der doch eines Tages kommen werde, verhindern zu wollen, würde zum Kriege führen. Frankreich bedanke sich dafür, zwei oder drei Millionen seiner Söhne töten zu lassen, um Deutschland daran zu hindern, an der Donau seine nationale Einigung unter Anwendung des auch für Frankreich geltenden Nationalitätsgrundsatzes zu vollziehen.

Der belgische König tödlich verunglückt

Bei einer Bergbesteigung ums Leben gekommen

Brüssel, 18. Febr. Der König der Belgier, Albert I., ist am Samstag bei einer Bergbesteigung in der Nähe von Namur tödlich verunglückt.

König Albert, der bekanntlich ein leidenschaftlicher Bergsteiger war, hatte sich nachmittags in einem von ihm selbst gesteuerten Kraftwagen, nur von seinem Kammerdiener begleitet, nach Namur begeben. Der König verließ dann den Wagen und erklärte dem Diener, daß er den etwa 200 Meter hohen Felsen Marais-les-Dames besteigen wolle und in etwa einer Stunde wieder zurück sein werde. Als jedoch der König nach der angegebenen Zeit nicht zurückgekehrt war, wurde der Kammerdiener unruhig und telephonierte von der nächstgelegenen Ortschaft aus, nachdem er zunächst vergeblich nach dem Monarchen gesucht hatte, nach Brüssel, von wo sofort eine Hilfsexpedition abging. Gegen 2 Uhr früh fand dann die Expedition, die von Ortschaften und Gendarmerie unterstützt wurde, König Albert am Fuße eines Felsen tot auf. Die Leiche wies am Nacken eine schwere Verletzung auf. Nach den ersten Feststellungen scheint der Tod auf der Stelle eingetreten zu sein.

Die Leiche wurde gegen 3.30 Uhr morgens nach Schloß Laeken übergeführt. Der König hatte nun zunächst nur schonend mitgeteilt, daß ihr Gemahl einen Autounfall erlitten habe. Erst gegen 6 Uhr wurde ihr die volle Wahrheit gesagt. Die Leibärzte des Königs, Dr. Rolf und Leboeuf, haben die Aufbahrung der Leiche im Schloß vorgenommen. Prinz Leopold, der augenblicklich in der Schweiz weilt, ist sofort telegraphisch verständigt worden. Mit ihm wird auch Prinz Charles aus Ostende erwartet.

Noch im Laufe der Nacht haben sämtliche Minister mit Ausnahme von Sav und Pierlot, die in Holland bzw. Luxemburg weilen, dem toten Monarchen die letzte Ehre erwiesen, und sind dann zu einer Kabinettsitzung zusammengetreten. Die bei dem Ministerrat gefassten Beschlüsse werden aber erst nach der Rückkehr des Prinzen Leopold veröffentlicht werden. Bis zur Vereidigung des neuen Königs übernimmt auch der Ministerrat die Regierungsgeschäfte. Der ärztliche Befund über die Todesursache soll im Laufe des Nachmittags bekanntgegeben werden.

Beileidigung des Reichspräsidenten

Berlin, 18. Febr. Der Reichspräsident hat aus Anlaß des Todes S.M. des Königs der Belgier an die Königin folgendes Telegramm gerichtet:

„Tief erschüttert durch die Nachricht von dem plötzlichen Tode S.M. des Königs der Belgier bitte ich Sie, die Versicherung meines aufrichtigen Mitgeföhls und den Ausdruck tiefempfundener Beileids entgegennehmen zu wollen.“ — Der Staatssekretär des Reichspräsidenten, Dr. Weizsäcker, stattete dem belgischen

Altern Hände schneller?

Bei manchen Frauen sehen die Hände älter aus als das Gesicht. Warum eigentlich? Altern die Hände etwa schneller? Ja — aber nur dann, wenn ihre Pflege vernachlässigt wird. Dabei kostet es doch wirklich wenig Mühe, die Hände nach der Hausarbeit und nach dem Waschen jedesmal mit Veoltram einzureiben. Das tut Wunder für die Haut! Die Hände bleiben sammetweich und par: man kann ihr wahres Alter nicht erraten. Veoltram mit Sonnen-Vitamin ist schon von 22 Pf. ab erhältlich.

Gesandten, Graf de Kershove, einen Besuch ab und brachte ihm auch mündlich die Anteilnahme des Reichspräsidenten zum Ausdruck.

Beileidigung des Kanzlers und der Reichsregierung

Berlin, 18. Febr. Anlässlich des Ablebens des Königs der Belgier hat im Auftrag des Reichskanzlers und des Reichsministers des Auswärtigen der Chef des Protokolls, Gesandter Graf von Bassewicz, dem belgischen Gesandten, Graf de Kershove de Denterghem, einen Besuch abgestattet und ihm das Beileid der Reichsregierung ausgesprochen.

Der 25. Februar Helbengedenktag im ganzen Reich

Berlin, 17. Febr. Der fünfte Sonntag vor Ostern (25. Februar) wird als Helbengedenktag einheitlich im ganzen Reich begangen. Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda hat die Landesregierungen ersucht, die zur würdigen Begehung dieses Tages erforderlichen Maßnahmen unverzüglich zu treffen und besonders alle Lustbarkeiten zu verbieten. Am Sonntag, 25. Februar findet in der Reichshauptstadt um 12 Uhr mittags ein Staatsakt in der Staatsoper unter den Linden mit folgendem Programm statt: Trauermarsch aus der „Troica“ von Beethoven, Gedekrede des Reichswehrministers Blomberg, Lied: „Ich hatt' einen Kameraden“, „Einzug der Götter in Walhall“ aus der Oper „Rheingold“ von Richard Wagner, das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied. Der Staatsakt wird auf alle deutschen Sender übertragen. Die im ganzen Reich angetretenen Amtswalter der NSDAP. und ihrer Unterorganisationen hören nach der Vereidigung die Uebertragung des Staatsaktes auf den Aufmarschplätzen. Nach dem Staatsakt findet ein Vorbeimarsch der Reichswehr und anderer Formationen statt.

Oberste Stellen der NSDAP. sind obersten Reichsbehörden gleichzustellen

Berlin, 18. Febr. Der Reichsfinanzminister hat, wie das B.Z.-Büro meldet, in einem Rundschreiben darauf hingewiesen, daß die Frage, inwieweit Auskunft über Verurteilungen zu erteilen ist, im Rahmen der allgemeinen Strafrechtsreform bei Ueberprüfung des Straftilgungsgesetzes neu zu erörtern sein werde. Er sei jedoch der Auffassung, daß die obersten Stellen der Parteileitung der NSDAP. (die Reichsleitung und der Verbindungsstab) den im Paragraph 4 des Straftilgungsgesetzes aufgeführten obersten Reichsbehörden gleichzustellen seien und daher schon jetzt ein Recht auf unbeschränkte Auskunft hätten. Die Landesjustizverwaltungen werden gebeten, die Strafregisterbehörden in diesem Sinne zu verständigen.

Letzte Nachrichten

Halbmaist am Helbengedenktag

Berlin, 18. Febr. Die Reichsregierung hat angeordnet, daß am Helbengedenktag, 25. Februar, sämtliche Dienstgebäude des Reiches, der Länder und Gemeinden sowie die Gebäude der Körperschaften des öffentlichen Rechts und der öffentlichen Schulen Halbmaist flaggen. Diese Anordnung wird hiermit den Behörden amtlich mit dem Hinzufügen bekanntgegeben, daß eine schriftliche Mitteilung der Anordnung an sie nicht ergeht.

Schweres Explosionsunglück in Hannover

Hannover, 18. Febr. Ein furchtbares Unglück ereignete sich am Samstag vormittag in einem zweistöckigen Haus in der Gartenstraße 44. Durch eine schadhast gewordene Gasleitung war im Keller des Hauses ein kleines Feuer ausgebrochen. Die sofort herbeigerufene Feuerwehr nahm mit Beamten des städtischen Gaswerks die Löscharbeiten auf. Plötzlich schoß eine gewaltige Stichflamme aus dem rauchenden Unterloch und unter gemäßigtem Getöse, das auf eine Gasexplosion zurückzuführen ist, wurde die ganze Vorderwand des Hauses herausgerissen. Das Dach hängt nur auf einem kleinen Teil der Grundmauer gelehrt, fast völlig frei in der Luft; die Feuerwehr hat das Dach gestützt. Der Unglücksort bietet ein wüstes Trümmerfeld. Bei dem Einsturz der Kellerdecke sind drei Feuerwehrleute schwer und fünf leicht verletzt worden. Von den Hausbewohnern trugen drei Frauen und ein junges Mädchen Verletzungen davon, ebenso zwei Arbeiter des Gaswerks. Todesopfer sind glücklicherweise nicht zu beklagen. Die dem Unglücksort gegenüber liegenden Gebäude sind gleichfalls beschädigt worden. Zahlreiche Fensterscheiben wurden zertrümmert.

Ebens Pariser Besprechungen

Paris, 18. Febr. Der französisch-englische Meinungsaustrausch schloß sich an das im Außenministerium zu Ehren Ebens gegebene Frühstück an. Außer Eben, Doumergue und Barthou nahmen noch einige Beamte teil, so der Generalsekretär des Auswärtigen Amtes, Leger, und der französische Vertreter für Abrüstungsfragen, Massigli. Die amtliche Verkündung darüber besagt:

„Die Minister haben höchst freimütig und freundschaftlich ihre Ansichten über die letzte englische Denkschrift zur Rüstungsfrage ausgetauscht und die Möglichkeiten für ein internationales Abrüstungsabkommen, das beiderseits gewünscht wird, geprüft.“

Außenminister Barthou erklärte den Vertretern der Presse: „Die Besprechungen waren nötig und haben einen sehr interessanten Verlauf genommen. Herr Eben war äußerst offen. Sein Wunsch nach Verständigung ist ebenso groß wie der Wunsch Frankreichs.“

Ergebnisse der Tagung des Saarauschießes

Genf, 17. Febr. Trotz aller Geheimnisträmerie sind die wichtigsten Ergebnisse der Freitagstagung des Saarauschießes durchgedrungen. Die Frage der etwaigen Inanspruchnahme ausländischer Polizeitruppen ist auf die Märztagung des Ausschusses verschoben worden, da darüber keine Einigung möglich war. Man rechnet noch mit zwei bis drei Tagungen bis zur Sitzung des Völkerbundsrates im Mai.

"Kraft durch Freude"

Abfahrt des ersten württ. Urlaubszugs

Stuttgart, 18. Febr. Am Sonntag morgen hat der erste württ. Urlaubersonderzug der Organisation "Kraft durch Freude" den Hauptbahnhof verlassen. Zur Begrüßung und Verabschiedung der Fahrteilnehmer hatten sich Reichsstatthalter Murr, stellv. Gauleiter Schmidt, Oberbürgermeister Dr. Strölin und Sportreferent Dr. Kocher eingestellt. Auf dem Kopfbahnsteig hielt Reichsstatthalter Murr eine Ansprache, in der er u. a. sagte, daß es bisher keinem Arbeitnehmer mit geringem Einkommen möglich gewesen sei, eine Urlaubsreise zu unternehmen. Das sei jetzt anders geworden. Wir Nationalsozialisten wissen, daß der deutsche Mensch sich nur dann mit seinem Volke verbunden fühlen kann, wenn er gelernt hat, sein Vaterland zu lieben. Das kann er aber nur, wenn er es auch kennenlernt. Deshalb senden wir bewußt und mit Absicht unsere Volksgenossen dorthin, wohin sie unter gewöhnlichen Umständen nicht gelangen können. Doch sie sollen auch losgelöst sein vom Alltag und in einer neuen, schönen Umgebung Kraft schöpfen für den Alltag. Die Urlaubstage, die Sie nun erleben, sollen Ihnen wieder Freude geben und die Kraft, die Sorgen des Alltags zu überwinden. Ziehen Sie hinaus mit offenem Herzen und Gemüt. Nehmen Sie die Schönheit unseres Vaterlandes in sich auf, kommen Sie zurück neu gestärkt für Ihre Arbeit, aber auch im Glauben an die hohen Ideale des Nationalsozialismus.

Nach einem vom Reichsstatthalter ausgebrachten „Sieg-Heil“ auf den Führer hieß der stellv. Präsident der Reichsbahndirektion Stuttgart, Honold, die Fahrteilnehmer im Namen der Reichsbahn herzlich willkommen. Die Reichsbahn wird, so führte er aus, der Organisation „Kraft durch Freude“ stets jede nur mögliche Förderung zuteil werden lassen. Der Sonderzug besteht durchweg aus Sitzwagen neuester Bauart, und die Teilnehmer können, obwohl doch erst wenige hundert Kilometer der deutschen Bahn elektrifiziert sind, auf der ganzen Strecke die Vorzüge des elektrischen Betriebes genießen.

Nun begaben sich die Teilnehmer in wohlgeordneten Gruppen an ihre Plätze im Zug. Reichsstatthalter Murr und die anderen Gäste gingen vor bis zur Lokomotive, die infolge der großen Länge des Zugs schon außerhalb des Bahnsteiges stand. Sie war schön mit Tannengrün und dem Schild „Kraft durch Freude“ geschmückt. Der Reichsstatthalter unterhielt sich später noch mit mehreren Urlaubern und nahm einen der Wagen in Augenschein. Unter freudigem Jubeln und Winken verließ dann der Zug auf die Minute genau den Bahnhof Rind 600 Personen aus Stuttgart und den nördlichen Teilen Württembergs führen mit. Weiter 400 kamen unterwegs bis Ulm noch hinzu. Die Bestimmungsorte der Urlaubsfahrt sind hauptsächlich Schliersee, Bagnisch Zell, Brannenburg und Rosenheim. Die Urlaubsdauer ist auf zehn Tage berechnet.

1000 Berliner Arbeiter reisen nach Oberbayern

Berlin, 18. Febr. Der erste Urlaubersonderzug der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ brachte am Samstag 1000 Berliner Arbeiter in die oberbayerischen Berge. Die Abreise gestaltete sich zu einem festlichen Ereignis. Nach mehreren Ansprachen, u. a. von Dr. Ley, verließ um 18.05 Uhr der Zug unter den Klängen des Liedes „Nah i denn zum Städtele hinaus“ die Halle.

1000 Rheinländer fahren nach Thüringen

Düsseldorf, 18. Febr. Auch aus Düsseldorf fahren am Samstag die ersten Urlauber der Organisation „Kraft durch Freude“ ab. Die Abreise war mit einer großen Kundgebung der NSD, und der Deutschen Arbeitsfront verbunden, bei der Gauleiter Staatsrat Florian eine Ansprache hielt. Die Reise der 250 Urlauber geht nach Thüringen. In Eisen und Dortmund werden noch weitere 750 Urlauber den Zug bestiegen.

Württemberg

Bekanntmachung des Württ. Staatsministeriums über die Einstellung weiblicher Arbeitskräfte in der öffentlichen Verwaltung

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und mit Rücksicht auf die geistige und körperliche Entwicklung der jungen Mädchen, die wieder mehr der hauswirtschaftlichen Betätigung zugeführt werden sollen, hat das Staatsministerium bestimmt, daß in der Staatsverwaltung weibliche Arbeitskräfte unter 16 Jahren nicht mehr eingestellt und im übrigen Bewerberinnen bevorzugt werden, die das hauswirtschaftliche Volkjahr besucht oder sich als Hauswirtschaftslehrlinge oder in ähnlicher Weise betätigt haben.

Von den Gemeinden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten wird erwartet, daß sie in gleicher Weise verfahren. Es ist erwünscht, daß sich auch die privaten Betriebe in möglichst weitem Umfange diesem Vorgehen der öffentlichen Verwaltung anschließen.

Stuttgart, 17. Febr. (Ernennung.) Der Reichsführer der SS, hat den württembergischen Landesbauernführer Arnold zum Sturmhauptführer der SS bei der Gruppe Südwest ernannt.

Besuch bei der Landesbauernschaft. Reichsstatthalter Murr hat am Donnerstag der Landesbauernschaft Württembergs einen Besuch abgestattet. Er besichtigte

Schwarzes Brett

Gauparteitag.

Als Zuschauer werden noch Meldungen bis spätestens Mittwoch mittag 12 Uhr, auch von Nichtparteiangehörigen, angenommen. Diejenigen, welche sich bereits gemeldet haben und die sich noch melden, müssen bis zu diesem Zeitpunkt auf der Geschäftsstelle der NSDAP, altes Schulhaus, RM. 170 (Fahrgehalt) abgeliefert haben.

Unter-Transportleitung

Vorkläufiges Programm zum Gauparteitag 1934 in Stuttgart

Die Gauleitung teilt mit:

Donnerstag, den 22. Februar, von 19-20 Uhr: Hörspiel am Rundfunk, welches den Kampf eines unbekannten Parteiangehörigen und kleinen politischen Leiters in der Vergangenheit zeigt.

Freitag, den 23. Februar, von 19 bis 19.35 Uhr: Geschichte der Bewegung im Lied am Rundfunk; von 19.35 bis 20 Uhr spricht der Stabsleiter der PD., Pg. Dr. Ley; von 20 bis 20.25 Uhr: SA- und HJ-Märsche am Rundfunk.

Samstag, 24. Februar, von 17.30 bis 18.30 Uhr: Sondertagung der Kreis-NS-Hauptamtsleiter und der Kreisamtsleiter des NS-Lehrerbundes in Stuttgart.

19 Uhr: Beginn der Parteigründungsfeier (Tag der alten Garde) in der Viederalthe in Stuttgart. Zugelassen sind die Parteiangehörigen einschließl. SA- und SS-Kameraden mit der Mitgliedsnummer unter 300 000. Ansprache des Gauleiters und Reichsstatthalters Murr. Ausgabe der Ehrenabzeichen für die Mitglieder unter 100 000.

Ab 20 Uhr: Uebertragung der Rede des Führers.

Sonntag, den 25. Februar, von 6.30 bis 9 Uhr: Eintreffen der Sonderzüge in den Bahnhöfen Cannstatt und Untertürkheim. Ausgabe der Festabzeichen und des Programmheftes an die Teilnehmer. Abmarsch der Kreise zu den noch näher zu bezeichnenden Verpflegungspunkten auf dem Cannstatter Wasen.

Von 7.30 bis 8.30 Uhr: Wachen in Stuttgart durch die Hitlerjugend-Spielmannszüge.

Sonntag, den 25. Februar, von 7.30 bis 8.30 Uhr: Uebertragung des Standkonzertes an der Feldherrnhalle in München auf alle deutschen Sender als Frühkonzert. Gleichzeitig finden zu dieser Zeit auf allen größeren Plätzen Stuttgarts Standkonzerte, ausgeführt von SA., SS., PD. und HJ-Kapellen, statt.

9 Uhr: Abmarsch der Kreise von den Verpflegungspunkten zur Adolf-Hitler-Kampfbahn, wo die Vereidigung stattfindet. NS-Frauenenschaft und BDM marschieren nicht mit und treffen bis spätestens 9.45 Uhr in der Adolf-Hitler-Kampfbahn ein.

10 Uhr: Die Politischen Leiter, HJ-Führer, BDM-Führerinnen haben in der Adolf-Hitler-Kampfbahn Aufstellung genommen, die NS-Frauenschaften haben ihre Sitzplätze eingenommen.

10.10 bis 10.20 Uhr: Rundfunk-Reportage aus Stuttgart, Sprecher Pg. Wilhelm Dreher, MdR.

10.15 Uhr: Meldung der angetretenen Parteiangehörigen durch den stellv. Gauleiter Pg. Schmidt, und den HJ-Gebietsführer Wacha an den Gauleiter und Reichsstatthalter, Pg. Murr.

10.20 Uhr: Beginn der Reichsendung aus München mit der Rundfunk-Reportage.

10.28 Uhr: Meldung der angetretenen Politischen Leiter Deutschlands durch den Stabsleiter der Obersten Leitung der PD., Pg. Dr. Ley, und Meldung der HJ-Führer durch den Reichsjugendführer Baldur von Schirach an den Stellvertreter des Führers in München.

10.31 Uhr: Stellv. Gauleiter Schmidt leitet durch Begrüßungsworte die feierliche Vereidigung der Politischen Leiter sowie der Hitlerjugend-Führer in Stuttgart ein.

10.35 Uhr spricht der Reichsjugendführer Baldur von Schirach.

10.48 Uhr spricht der Stabsleiter der PD., Pg. Dr. Ley.

11 Uhr: Der Stellvertreter des Führers, Pg. Rudolf Heß, spricht und vereidigt sämtliche Politische Leiter und Hitlerjugend-Führer. Nach Schluß der Reichsendung weicht der Gauleiter und Reichsstatthalter Murr die neuen PD-Fahnen des Gaues Württemberg-Hohenzollern, anschließend großer Aufmarsch der vereidigten PD., HJ. und des BDM. und Vorbeimarsch derselben an Reichsstatthalter und Gauleiter Murr im Hof des Neuen Schlosses. Die Fahnenweihe und der Vorbeimarsch werden wiederum durch Rundfunk-Reportage, bei welcher Pg. Wilhelm Dreher spricht, übertragen.

Ab 17 Uhr: Erste Abfahrt der Sonderzüge im Hauptbahnhof Stuttgart.

die Geschäftsräume im Hause Kepplerstr. 1 und befandete ein großes Interesse an dem organisatorisch neu aufgebauten Apparat der Landesbauernschaft.

105 322 Mittagessen. Im Januar wurden in den städtischen Küchen Heschl, Stöckel, Gewerbehalle und Bürgerhospital, sowie in der Bobstüchle des Wohlfahrtsvereins und in den Privatabgabestellen teils gegen Bezahlung, teils auf Anweisung der öffentlichen und privaten Fürsorge 105 322 Mittagessen verabreicht.

DDA-Oppertag. Nachdem der erste DDA-Oppertag für die deutsche Winterhilfe so gute Erfolge gezeitigt hat - Württemberg hatte das zweitbeste Ergebnis - wird der Oppertag des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland am kommenden Freitag wiederholt.

Zuffenhausen, 17. Febr. (Hodergraben.) Nachdem erst im Oktober v. Js. im Steinbruch von R. Siegel zwei Hodergräber der jüngeren Steinzeit aufgedeckt wurden, ist letzte Woche auf der anderen Talseite in der Heintzau im Steinbruch von W. Schäfer beim Abräumen abermals ein Hodergraben aus der Zeit um 2000 v. Chr. angefahren worden. Das Skelett lag mit angezogenen Beinen und an die Brust gelegten Armen auf der linken Seite. Zu Füßen fand sich ein kleines, abgebrochenes Schmuckstück aus Bein; an der Schulter stand ein glöckchenförmiges Gefäß von hellbrauner Farbe mit einer Linienverzierung.

Zuffenhausen, 17. Febr. (Autounfall.) Am Freitag abend fuhr an der Straße nach Pforzheim ein Personenauto in voller Fahrt auf einen elektrischen Leitungsmast auf, der umgeworfen wurde. Der Lenker verlor die Gewalt über sein Fahrzeug, das fünf bis sechs Meter tief auf die Bahngleise hinabstürzte und dort schwer beschädigt liegen blieb. Wie durch ein Wunder kam der Insasse mit dem Schrecken davon. Der Unfall verursachte eine etwa einstündige Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs in Richtung Leonberg. Die Feuerwehr mußte die Trümmer von den Gleisen entfernen. Bei dem Zusammenstoß war auch die elektrische Lichtleitung unterbrochen worden, so daß ein Stadtteil längere Zeit ohne Strom war.

Sulz a. N., 18. Febr. (Brand.) Am Samstag früh schlugen aus der Möbelfabrik Bertrand & Co., die schon einmal einem verheerenden Feuer zum Opfer gefallen war, helle Flammen zum Himmel empor. Rauch verbreitete sich der Brand auf den ganzen Dachstuhl. Der ganze Dachstuhl sowie ein Teil der oberen Stockwerke sind vollständig ausgebrannt. Der Gebäude- und Materialschaden kann noch nicht übersehen werden. Die Brandursache ist noch nicht geklärt.

Neufca, 18. Febr. (Von einem Felsblock erschlagen.) In der Baustelle oberhalb des hiesigen Bahnhofs löste sich ein 4-5 Zentner schwerer Erdblock los, durch den der 23jährige hier wohnhafte Erdarbeiter Otto Schmidbauer aus Wächbach in Oberbayern getroffen und so schwer verletzt wurde, daß er wenige Stunden nach seiner Einlieferung ins Neufcaer Bezirkskrankenhaus verschied.

Der Sport vom Sonntag

Württembergische Gaumannschaft auf Reisen

In Kassel: Gau Nordhessen - Gau Württemberg 3:5

In Hannover: Gau Niedersachsen - Gau Württemberg 0:1

Gau Württemberg:

Spielverbot wegen des Landesflugtages!

Gau Baden:

1. FC Pforzheim - SV Waldhof 4:1

Freiburger FC - Germania Brötzingen 3:1

FC Mannheim - VfBz Karlsruhe 5:0

FC Mühlburg - FC Freiburg 2:1

Gau Bayern:

1. FC Nürnberg - SpVgg Fürth 3:2

Badener München - Bader München 5:0

Jahn Regensburg - 1860 München 1:2

Würzburger FC - Schwaben Augsburg 1:2

FC Nürnberg - FC 05 Schweinfurt 2:3

FC München - FC Bayreuth verlegt.

Gau Südwelt:

FC Frankfurt - FK Birmafen 3:3

Kickers Offenbach - Rhönitz Ludwigshafen 0:0

FC 05 Mainz - Eintracht Frankfurt 7:3

Borussia Neunkirchen - W. O. Worms 3:1

Sportfreunde Saarbrücken - Wormatia Worms 1:2

Gesellschaftsspiel

Stuttgarter Sportfreunde - Heilbronner SpVgg. 2:0

Gau Württemberg:

Gruppe West: SpVgg Bad Cannstatt - ASV. Bönnang 4:1

Gruppe Ost: Eintracht Neu-Ulm - SV Neutlingen 1:3

Christl Cranz-Freiburg Weltmeisterin im Skilaufen

Freiburg, 17. Febr. Die Deutsche Skimeisterin und Kampfsportlerin Fräulein Christl Cranz, eines der jüngsten Mitglieder des Freiburger Skiclubs, krönte in St. Moritz bei den Internationalen FIS-Rennen die Erfolge dieser Saison mit der Erringung des inoffiziellen Weltmeistertitels im Skilauf der Damen. Fräulein Cranz belegte im schwierigen Abfahrtslauf am Donnerstag den zweiten Platz hinter der Schweizerin Fräulein Anni Rüegg und fuhr im Slalomlauf mit 1.57 Minuten als Siegerin die beste Zeit aller Damen. Mit diesem Erfolg konnte sie sich in der Kombination mit 199,24 Punkten an die erste Stelle setzen vor Fräulein Lisa Reich-Partenkirchen mit 197,66 Punkten.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Bildhauer Tagblatt Bildhauer Stadtblatt, Bildhauer L. Schwarzwald (Jnh. Th. Graf) D.R. 1. 81. 740

Waldbad, 18. Februar 1934.



Todesanzeige.

Heute entschlief nach längerem Leiden meine Schwester und Schwägerin, Tante und Großtante

Pauline Horkheimer

im Alter von 68 Jahren, was wir hiermit Verwandten und Freunden bekannt geben.

Um stille Teilnahme bittet:

Familie Horkheimer.

Beerdigung: Dienstag nachmittag 3 Uhr, Waldfriedhof.

D.D.A.-Oppertag für das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes 1933-34



Spenden- und Ehrennennung: Freitag, den 23. Februar 1934, Volksbund für das Deutschtum im Ausland.

Schöne geräumige 3-Zimmerwohnung mit Zubehör auf 1. April zu vermieten. Auskunft bei Ludwig Pfeiffer.

Visitkarten liefert in kürzester Frist die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Ein aussichtsreiches Angebot

bedarf der vorhergehenden Ankündigung durch das Inserat

